

Der Mittelstand ist politisch heimatlos

MIT-Bundesvorsitzender Schlarmann kritisiert die CDU scharf

Von Rainer Krey

Ollsen. Neuen Matjes mit frischen Bohnen und Speck gab es beim Unternehmerabend, zu dem der MIT-Kreisverband Harburg-Land in den Landgasthof zur Eiche nach Ollsen eingeladen hatte. Bevor das Essen serviert wurde, kam die Politik zu ihrem Recht. Nach dem unverzichtbaren Fünf-Minuten-Diskurs des Kreisvorsitzenden der CDU-nahen Mittelstandsvereinigung, Wilfried Uhlmann, bei dem er diesmal den Bogen von der Französischen Revolution bis zur Energiewende spannte („Veränderungen sind in der Geschichte nie ohne Friktionen erfolgt“), hörten die gut 40 Gäste ein Referat des MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann aus Winsen. Unter dem Titel „Politik und Wirtschaft im Wahlkampf“ setzte er sich nicht nur sehr kritisch mit dem Bundtagswahlkampf von Sozialdemokraten und Grünen auseinander, sondern auch mit der eigenen Partei.

„Die Pläne von SPD und Grünen sind eine Kampfansage an den Mittelstand“, sagte Schlarmann. Erhöhung der Vermögenssteuer, Arbeitsmarktregulierungen wie Einschränkungen der Zeitarbeit und flächendeckende Mindestlöhne, Mindestrente über dem Niveau der Grundsicherung –



Dr. Josef Schlarmann sprach auf dem MIT-Abend über Politik und Wirtschaft. Foto: kr

das alles schmeckt dem MIT-Bundesvorsitzenden nicht. „Da machen wir nicht mit“, sage die Wirtschaft. Und Schlarmann fragte: „Kann Rot-Grün einen solchen Wahlkampf gegen die Wirtschaft eigentlich gewinnen?“ Alternativ hätte die SPD auf eine Fortführung von Schröders Agenda-2010-Kurses setzen können. „Kanzlerkandidat Steinbrück muss eine Politik vertreten, die nicht zu ihm passt“, so Schlarmann. „Aber möglicherweise passt das SPD-Programm zum Wähler?“ In Frankreich hätten die Sozialisten mit einem Wahlkampf gegen die Wirtschaft die Parlamentswahlen gewonnen.

Das Wahlprogramm der CDU unterscheide sich nicht sehr

vom Programm der SPD, so Schlarmann. Aus Wirtschaftskreisen sei schon die Kritik gekommen: „Der Mittelstand hat in Deutschland keine politische Heimat mehr.“ „Starker Tobak“, meint Schlarmann dazu – stimmte dem aber in der Sache weitgehend zu.

Der Parteienwettbewerb führe zu einem Ausgleich der Programme. Schlarmann macht einen Linksruck in der Gesellschaft aus und führt ihn auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurück. „Wohlstand für alle durch mehr Markt und weniger Staat“ – dieses Dogma habe keinen Bestand mehr. Die Deregulierung der Finanzmärkte sei ein Fehler gewesen, räumt er ein. Sie habe auch die Liberalisierung in anderen Bereichen, die Schlarmann nach wie vor richtig findet, in Misskredit gebracht. „Das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit des Marktes ist zutiefst erschüttert“, stellt Schlarmann fest.

„Die überwiegende Mehrheit erwartet eine Lösung der Probleme vom Staat, nicht vom Markt.“ Die Politik übernehme die Rolle als „Retter in der Krise“ bereitwillig, so Schlarmann. Auch in der CDU beobachte er eine Abkehr vom Markt. Am Ende seines Referates zieht Dr. Josef Schlarmann dieses Fazit: „Es ist richtig, der Mittelstand hat in der Politik keine politische Heimat mehr!“